

**Protokoll:**

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke fügt der Antragsbegründung hinzu, dass insbesondere die Möglichkeit der Verkehrsberuhigung durch sog. Poller wenig Nutzen einbrächte, da diese durch die Verkehrsteilnehmer umfahren würden bzw. von Berechtigten heruntergefahren würden. Er betont auch die Parksituation in der Altstadt sei ein unhaltbarer Zustand. Zudem weist er darauf hin, er könne nicht verstehen, wie außerhalb der Ladezeiten die Transporter noch immer durch die Fußgängerzonen fahren und entladen würden. Dies sei sowohl für die Gäste, welche draußen sitzen würden, als auch für die Bewohner unheimlich störend.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0106/2011).

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke erklärt sich im Namen seiner Fraktion mit der Empfehlung der Verwaltung bezüglich der Verweisung dieses Antrages in den Fachbereichsausschuss IV einverstanden. Er betont jedoch, die getroffenen Verkehrsmaßnahmen würden seiner Ansicht nach nicht ausreichend durch die Überwachungskräfte des Ordnungsamtes kontrolliert, was dazu führe, dass dennoch die erwähnten Stellen der Altstadt zugeparkt würden.

Es habe ihn verwundert, dass nachdem er kürzlich wegen fünf rechtswidrig parkenden KFZ auf dem Münzplatz das Ordnungsamt anrief, vier dieser fünf KFZ noch vor Eintreffen der Ordnungsbeamten weggefahren seien. Seiner Auffassung nach müssten diese rechtswidrig parkenden Verkehrsteilnehmer das Eintreffen der Ordnungsbeamten geahnt haben.

Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein entgegnet darauf, sie weise auf das Entschiedenste zurück, dass das Ordnungsamt in irgendeiner Weise rechtswidrig parkende Verkehrsteilnehmer vorab informiere und somit einer Ahndung des Verkehrsverstoßes vorbeuge.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann bemerkt, sie finde es sinnvoll, wenn man in der nächsten Fachbereichsausschusssitzung die beiden erwähnten Straßen dennoch einmal losgelöst von der gesamten Konzeption betrachte. Es sei schwierig, nachher im großen Gesamtkonzept die einzelnen Bereiche ausführlich zu diskutieren.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke führt aus, aus dem Antrag gehe hervor, dass man das Gesamtkonzept betrachte und nicht nur einzelne Teilbereiche.

Bezüglich der Ausführungen der Bürgermeisterin Hammes-Rosenstein erwidert er, er habe den Überwachungskräften des Ordnungsamtes nicht unterstellen wollen, dass diese etwaige rechtswidrig parkende Verkehrsteilnehmer informieren, bevor sie Verwarnungen aussprechen, sondern habe lediglich sein Gesehenes beschrieben.